

Mensch und Umwelt im Mittelpunkt

Thomas Tritsch Freier Autor

Bensheim. Eine Vision: Städte und Gemeinden konzentrieren sich bei der Bilanzierung nicht mehr allein auf das pure Zahlenwerk aus Wachstum, Gewinn und Umsatz, sondern rücken andere Werte in den Vordergrund: Menschenwürde, Solidarität, ökologische Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit und demokratische Mitbestimmung.

Die Kommune fragt, welchen konkreten Beitrag sie für die gesamte Gesellschaft leisten kann. Und sie handelt danach. Nicht der Profit, sondern Mensch und Umwelt stehen im Mittelpunkt.

Keine Vision: Über 50 Städte und Gemeinden folgen bereits der Idee einer Gemeinwohl-Ökonomie und richten ihre Verwaltungs- und Investitionsaktivitäten an ökologischen und sozialen Maßstäben aus. Das betonte die Wirtschaftsingenieurin Ulrike Häußler bei der jüngsten „Grünen Runde“, die auf Einladung der Bensheimer Grünen am Montag als Online-Talk stattgefunden hat.

Peter Lotz moderierte das Gespräch und begrüßte eine Referentin, die bereits im Oktober 2019 im gleichen Format zu Gast war. Damals im Präsenzhof mit rein ökonomischer Schwerpunktsetzung und Beispielen aus der Unternehmenslandschaft. Diesmal ging es um das wirtschaftliche Selbstverständnis jener Ebene, die dem Bürger am allernächsten ist. In der Gemeinde treffen sich die Interessen von Unternehmen, Vereinen, Organisationen und Schulen mit den einzelnen Menschen im Kontext eines Prozesses, der möglichst allen dienen soll, so Häußler in der Videokonferenz.

Eher ein schlechtes Bild

„Als Träger der kommunalen Selbstverwaltung ist die Gemeinde per se dem Gemeinwohl und der Daseinsvorsorge verpflichtet“, sagt sie. Das Bekenntnis zu den Kriterien einer Gemeinwohl-Ökonomie sei daher im Grunde nur folgerichtig. Dennoch würden die meisten Städte in punkto „ethischer Performance“ ein mittelmäßiges bis grottenschlechtes Bild abgeben.

Häußler schiebt das aber nicht zuallererst den Kommunalpolitikern in die Schuhe, denen sie grundsätzlich ehrenwerte Absichten unterstellt. Sie plädiert vielmehr für ein neues Bewusstsein aller Akteure, das durch eine genaue Analyse geschärft und durch konkrete Maßnahmen umgesetzt werden sollte. „Handlungsspielräume müssen erkannt und genutzt werden.“

Was zunächst etwas abstrakt klingt, übersetzt die Gemeinwohl-Ökonomie, die ein ethisches Wirtschaftsmodell zum Wohl von Mensch und Umwelt als prominentes Ziel allen Wirtschaftens verfolgt, in eine ausdifferenzierte Matrix. Mit diesem Messinstrument wird eine mehrdimensionale Gemeinwohl-Bilanz erstellt. Anhand einer definierten, aber je nach Untersuchungsebene flexiblen Tabelle werden Kriterien wie Menschenwürde, Gerechtigkeit und Solidarität sowie ökologische Nachhaltigkeit und transparente Mitbestimmung qualitativ bewertet.

Dabei sind maximal 1000 „Gemeinwohlpunkte“ möglich. Bei minus 3600 Punkten ist die Talsohle erreicht. Das bedeutet „unethisches Verhalten“. Etwa, wenn die Kommune ihren Marktplatz mit fernöstlichen Steinen aus einem Bergwerk mit Kinderarbeit pflastert.

Bewertet werden aber nicht nur Zulieferketten und ökologische Konsequenzen, sondern auch die betriebliche Situation am städtischen Arbeitsplatz und die Zusammenarbeit mit Unternehmen. Es geht beispielweise um die Kriterien bei der Ausschreibung und Vergabe von Leistungen oder bei der Ansiedlung von Unternehmen im kommunalen Gewerbegebiet.

Gibt es bei diesen Prozessen Transparenz? Wird der Bürger bei solchen Entscheidungen einbezogen oder gibt dabei allein die dicke Gewerbesteuer die Stoßrichtung vor? Nach welchen Vorgaben wirtschaften Eigenbetriebe? Wie groß fällt der ökologische Fußabdruck der Stadt aus? Und gibt es eventuell Modelle, die der Gemeinschaft insgesamt nützlicher sind? Bei solchen Fragen könne die Gemeinde dafür sorgen, dass ethische Prinzipien – sofern vorhanden – in der Praxis eingehalten werden.

Ulrike Häußler gesteht zu, dass dieser Kurs durch die heterogenen parteipolitischen Strukturen vor Ort nicht gerade erleichtert wird. „Aber es funktioniert.“ Und sie nennt Beispiele. Etwa Stockelsdorf. Ein 17 000-Seelen-Örtchen im Kreis Ostholstein. Dort hat die Gemeindevertretung Anfang des Jahres mehrheitlich eine Gemeinwohlbilanzierung als erste Bestandsaufnahme beschlossen.

Die Kommune hat sich verpflichtet, ihr Handeln an den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen auszurichten und sich daran messen zu lassen. Die Gemeinde will mehr Verantwortung übernehmen und sich nicht mehr vorrangig an Wachstum und Profitmaximierung orientieren. Auch die nordfriesischen Dörfer Bordelum, Breklum und Klixbüll haben sich der Gemeinwohl-Ökonomie verschrieben. Unter anderem betreiben sie eine klimaneutrale Landwirtschaft und haben Kooperativen für das Carsharing mit Elektroautos ins Leben gerufen.

Was im hohen Norden funktioniert, sei auch im hessischen Süden möglich, so die selbstständige Unternehmensberaterin aus Weinheim mit Schwerpunkt auf der Organisations- und Personalentwicklung für Unternehmen, die sich dem ethischen Wirtschaften verpflichten wollen.

„Fatale Entwicklung“

„Wir müssen uns die Frage stellen, wie wir künftig leben wollen.“ Es gehe darum, den Begriff Wachstum neu zu definieren und dabei in erster Linie gesellschaftliche und ökologische Entwicklungen im Blick zu haben. Das traditionelle System basiere auf falschen Normen. Eine Fixierung auf Gewinn vernachlässige das Wohl des Einzelnen und der Gemeinschaft, das in einer demokratischen Ordnung aber ganz oben rangiere.

Ulrike Häußler erkennt eine fatale Entwicklung von der sozialen Marktwirtschaft hin zu dem, was gemeinhin als Neoliberalismus bezeichnet wird. „Es geht um Rendite statt um Werte.“

Fazit der „Grünen Runde“: die kommunale Gemeinwohl-Ökonomie ist ein wünschenswertes Prinzip, das aber eine breite Rückendeckung erfordert, um auf einer lokalen Ebene wie Bensheim mehr als nur oberflächlich zu greifen. Für Peter Lotz auf jeden Fall ein spannendes Denkmodell für eine Stadt, die sich vor kurzem parlamentarisch neu aufgestellt hat.